



Faire Ideen

für Deutschland.



Marco Buschmann
25 Jahre aus Gelsenkirchen
Spitzenkandidat der
Jungen Liberalen NRW zur
Bundestagswahl 2002
www.marcobuschmann.de

Alle Parteien versprechen Dir, dafür zu sorgen, daß alles in Deinem Leben besser wird. Wir sagen: Es ist Dein Leben. Mach Du was d´raus! Denn nur dann kann es auch so ablaufen, wie Du es Dir vorstellst.

Deshalb wollen wir Dir keinen allumfassenden Versorgungsstaat anbieten, der Dir jede Gestaltungschance abnimmt. Unser Programm heißt Freiheit und Chancengleichheit, um Dein Leben selbst in die Hand zu nehmen. Bessere Bildung an Universitäten und Berufsschulen, die Aussetzung der Wehrpflicht und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die für mehr Jobs und Ausbildungsplätze sorgen - das sind unsere konkreten Ziele.

In unserer Aussage für die Bundestagswahl 2002 „Faire Ideen für Deutschland“ findest Du aber noch weit mehr Konzepte, die immer von der Frage getragen sind, wie wir möglichst viel Freiheit für möglichst viele Menschen organisieren können. Wir glauben, daß wir ein faires Konzept für Deutschland entwickelt haben. Doch Du brauchst mir nicht zu glauben: Schlag´s doch einfach selber nach!

Viel Spaß dabei wünscht Dir

Marco Buschmann

Faire Ideen

für Deutschland.

Ziele der Jungen Liberalen NRW
zur Bundestagswahl 2002

»» Ziel 18

Deutschland hat das Jahrhundert der Ideologien hinter sich gelassen. Nun wird es Zeit, daß es sich auch von der Politik des letztenvergangenen Jahrhunderts verabschiedet. Die alten Volksparteien aber suchen in ihrer Verunsicherung den Schulterschluß mit überkommenen Milieus und Zuflucht in alten Reflexen: Die Bundesregierung betreibt steuerfinanzierten Wahlkampf durch die Subventionierung unwirtschaftlicher Betriebe, und die Union verweigert sich in der Zuwanderungsdebatte, um mit irrationaler Fremdenangst zu werben. Den Problemen einer neuen Zeit kann aber nicht mit alten Rezepten begegnet werden, die ihre Unwirksamkeit längst unter Beweis gestellt haben. Eine neue Zeit braucht eine Kraft des Neuen - das sind Junge Liberale in der FDP.

Als Motor für Fortschritt und Bewegung gegen eine Hinterzimmerpolitik, die nach der völligen Vereinnahmung von Staat und Gesellschaft durch Parteien drängt, haben sich

Liberalen in der Bundesrepublik größte Verdienste um die Freiheit der Menschen erworben. Um aber als Bollwerk gegen die Ver-Kollektivierung des einzelnen, die Aushöhlung von Weltoffenheit, Toleranz und Leistungsprinzip effektiv wirken zu können, ist Einfluß notwendig. Über Jahrzehnte hat die FDP diesen Einfluß gewinnen können, da sie in einem Drei-Parteien-System nahezu unersetzbar war für die Regierungsbildung. Mit der Entwicklung hin zu einem Fünf-Parteien-System und der rückhaltlosen Bereitschaft von Bündnis 90/Die Grünen, unabhängig von allen inhaltlichen Positionen jeder sozialdemokratisch geführten Regierung zur Mehrheit zu verhelfen, haben die alten Volksparteien fatal an Einfluß gewonnen. Sie folgen hemmungslos ihrer inneren Logik auf dem Pfad in die Gefälligkeitspolitik; also der Strategie, sich die eigene Mehrheit der Wähler durch Vergünstigungen und Protektionen „zusammenzukaufen“ - im Zweifel auch auf Kosten von Minderheiten und kommenden Generationen.

Diese Entwicklung kann nur gestoppt werden, wenn eine politische Kraft, die fest entschlossen ist, den Weg aus der Gefälligkeitspolitik herauszugehen, so stark wird, daß niemand an ihr vorbei kann, um eine Regierung zu bilden. Diese Kraft ist für uns die FDP. Unser Ziel für die Gewinnung dieser Stärke lautet 18 Prozent Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2002.

Mit dieser Stärke wollen wir dafür sorgen, daß Deutschland endlich auch politisch im neuen Jahrtausend ankommt. Wir wollen, daß der Gefälligkeitspolitik und überkommenen Verteilungsideologien der Rücken gekehrt wird, hin zu einer Politik, die auf mehr Reformeffektivität und Fairneß gerade auch gegenüber den Jungen Menschen setzt, um eine freie Gesellschaft zu sichern, die von starken Individuen getragen wird.. Wir wollen mit 18 Prozent faire Ideen für Deutschland umsetzen!



Wir können alles bewegen.
Wenn man uns nur läßt.

››› Menschenrechte verteidigen nur mit Freiwilligenarmee

Junge Liberale wollen in allen Bereichen eine Politik der Freiheit. Dies gilt gerade auch für die Außenpolitik, denn das politische Prinzip der Freiheit gilt weltweit und örtlich unbeschränkt.

Deutsche Außenpolitik soll neben der Wahrnehmung der nationalen Interessen vor allem auch der weltweiten Geltung der Menschenrechte dienen. Als Instrumente dazu sollen vor allem kooperative Entwicklungspolitik, auswärtige Bildungsarbeit, aber im Konfliktfall auch die Nutzung diplomatischen oder wirtschaftlichen Drucks dienen. Nur als ultima ratio und nicht zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen dienend darf ein militärischer Einsatz stehen.

Angesichts solcher auswärtiger Einsätze der Bundeswehr muß sich diese einer tiefgreifenden Strukturreform unterziehen. Ziel muß eine gut ausgebildete Spezialistenarmee sein, die strategisch am kooperativem Einsatz und nicht an der Abwehr einer Infanterieinvasion ausgerichtet ist. Das wird nur mittels einer Freiwilligenarmee gelingen. Die Wehrpflicht muß so schnell wie möglich ausgesetzt und abgeschafft werden. Denn nur die Freiwilligenarmee bietet Gewähr dafür, daß lediglich optimal ausgebildete Soldaten, wenn es denn unvermeidbar ist, verantwortungsvoll in eine Gefahrensituation entsendet werden können. Das Berufsbild Soldat muß dazu durch eine Reform der Besoldungs- und Laufbahnordnungen entsprechend attraktiv gestaltet werden. Zudem findet die Wehrpflicht als tiefster Freiheitseinschnitt im Leben junger Menschen aufgrund der entspannten Sicherheitslage in Europa und mangels einer absehbaren Bedrohung des deutschen Hoheitsgebietes keine angemessene Rechtfertigung mehr.

»» Für ein Europa mit liberaler Verfassung

Junge Liberale sind überzeugte Europäer. Die Europäische Union ist eine Perspektive für mehr Freiheit für mehr Europäer. Perspektiven müssen aber planvoll gestaltet werden. Die zentralistischen Tendenzen in der Union bergen auch die Gefahr einer aufgeblähten Bürokratie, die Freiheit einschränkt, statt sie zu erweitern. Deshalb muß die Perspektive Europa nach dem Leitbild des liberalen Verfassungsstaates ausgestaltet werden. Die fast ausschließlich von den nationalen Regierungen bestimmte Entwicklung der Europäischen Union muß abgelöst werden durch eine auf Verfassungsrecht gestützte und durch die Menschen akzeptierte Fortschreibung des europäischen Gedankens. Demokratie, Grundrechte, Gewaltenteilung und gegenseitige Kontrolle der Organe müssen die Fundamente dieser Verfassungsordnung bilden.

Als erster Schritt dazu muß zunächst der im Jahr 2000 verabschiedete Grundrechtskatalog verbindliches, unmittelbar geltendes und subjektiv einklagbares Recht werden. Die Befugnisse des europäischen Parlaments müssen klar umrissen und mit den Fortschritten auf dem Weg zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit angemessen ausgebaut werden. Ein klarer Katalog muß umreißen, welche Kompetenzen der Union und welche den Nationalstaaten zukommen. Bei der Ausarbeitung soll das Subsidiaritätsprinzip, also der Gedanke, daß Aufgaben möglichst auf der problemnächsten Ebene geregelt werden sollen, Anwendung finden.



Wir können unsere Zukunft sichern.
Wenn wir Verantwortungsgemeinschaften fördern.

››› Steuertransparenz durch Flat Tax

Die beiden größten Probleme des deutschen Steuersystems sind zum einen die zu hohen Steuersätze und zum anderen seine Komplexität. Zu hohe Steuersätze, die mit dem Einkommen steigen, mindern die individuelle Leistungsbereitschaft, weil sie mehr Leistung mit mehr Steuern belegen. Komplexität verstößt gegen Prinzipien der Gerechtigkeit, weil sie lediglich großen Unternehmen und Wohlhabenden seine Ausschöpfung ermöglichen. Denn nur hier sorgen bezahlte Steuerexperten für eine optimale Ausschöpfung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten. Der normale Steuerbürger sowie Kleinbetriebe haben das Nachsehen. Jede Reform des deutschen Steuersystems muß daher die Ziele einer Senkung der Steuersätze und Vereinfachung als vorrangige Ziele verfolgen.

Im Bereich des Einkommenssteuerrechts unterstützen wir mittelfristig den pragmatischen Weg, diese Ziele mittels einer Umstellung auf drei Stufentarife zu 15, 20 und 35% zu erreichen. Langfristig ist unsere Reformperspektive aber ein radikalerer Umbau: Wir fordern einen einheitlichen Steuersatz für alle - die sog. flat rate, besser bekannt als flat tax, unter Abschaffung sämtlicher Ausnahme- und Steuerschuld minderungsmöglichkeiten.

Als einziges Korrekturlement soll ein Steuerfreibetrag festgesetzt werden, um zu einer angemessenen effektiven Steuerbelastung in den unteren Einkommensregionen zu kommen und die Schwelle, um selbst Einkommen zu erzielen, möglichst niedrig anzusetzen. Ein fixer Steuerfreibetrag sorgt zudem dafür, daß die effektive Steuerbelastung mit steigendem Einkommen weiterhin relativ ansteigt. Daher verstößt ein solches Modell der flat tax auch nicht gegen das verfassungsrechtliche Gebot der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit aus Art. 3 GG.

Das Steuersystem ist aber nicht nur aus der Perspektive der Belastung der Bürger, sondern auch der Sinnhaftigkeit innerhalb der föderalen Finanzverfassung nach zu reformieren. Immer mehr setzt sich der Trend durch, Haushaltskonsolidierung durch die Delegation von Aufgaben nach unten, in der Regel zu den Kommunen, zu betreiben, ohne von staatlicher Seite, also seitens des Bundes und der Länder, für eine ausreichende Gegenfinanzierung zu sorgen. Wir fordern daher, die Finanzverfassung der Bundesrepublik konsequent danach zu ordnen, daß diejenige Ebene, die eine Maßnahme veranlaßt, auch für die Finanzierung der Kosten bei den Trägern der Maßnahme sorgen muß (Konnextitätsprinzip). Freiwillige Leistungen der Kommunen sollten diese durch eigene kommunale Steuermechanismen finanzieren, deren Abgabenniveau sie innerhalb gewisser Grenzen selbst bestimmen können. So hält Wettbewerb Einzug in das Verhältnis zwischen Bürger und Kommune. Wir fordern die Einsetzung einer Kommission, die bis zur Mitte der kommenden Legislaturperiode einen beschlußfähigen Entwurf für eine Änderung der deutschen Finanzverfassung unter Beteiligung von Ländern und Kommunen und unter Beachtung unserer oben aufgeführten Grundsätze erarbeitet.

››› Reform der staatlichen Grundsicherung durch Bürgergeld

Soziale Marktwirtschaft bedeutet vor allem, daß Menschen in unserem Gemeinwesen in keinem Fall befürchten müssen, Hunger zu leiden oder kein Dach über dem Kopf zu haben. Die entsprechende Auffangfunktion übernimmt derzeit das System der Sozialhilfe, deren Kosten beständig steigen und insbesondere den Kommunen kaum mehr finanzielle Gestaltungsräume übrig lassen. Daher kann sich auf Dauer keine Partei einer Reform verweigern. Wer aber nur kleinschrittig an Stellschrauben des bisherigen Systems drehen

will, dem bleibt lediglich übrig, entweder Leistungen zu kürzen oder Abgaben zu erhöhen - also Bürger zu belasten. Wir gehen den dritten Weg einer grundlegenden Reform: Wir wollen ein anderes System der sozialen Grundsicherung unter der Bezeichnung Bürgergeld.

Statt Leistungen zu kürzen oder Abgaben zu erhöhen, wollen wir zuallererst Kosten im System der Sozialhilfe durch effektivere Organisation senken. Statt deutlich über 100 verschiedene Sozialleistungen durch deutlich über 30 verschiedene Stellen zu gewähren, die alle ein eigenes Verfahren durchführen, wollen wir einen einzigen pauschalen Hilfesatz, der einmal an einer Stelle errechnet wird. Statt wie bisher leistungsfeindlich jeden selbstverdienten Euro auf diese Summe voll anzurechnen und abzuziehen, wollen wir Anreize zur Aufnahme von Arbeit schaffen, indem im Bürgergeldsystem selbst verdientes Geld nur zu 50 % auf den Bürgergeldtransfer angerechnet wird. So hat jeder, der arbeitet, mehr als jemand, der nicht arbeitet.


››› Generationengerechte Reform beitragsfinanzierter Sicherungssysteme

Besondere Fairneß für die junge Generation müssen wir bei den beitragsfinanzierten Sicherungssystemen wie Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung einfordern. Da der Bedarfsfall öfter im Alter eintritt und die Jüngeren diese Last schultern müssen, haftet allen diesen Versicherungen eine Umverteilungswirkung von „jung“ nach „alt“ an. Dies ist nur fair, wenn auch die Jüngeren sich später auf ein akzeptables Absicherungsniveau verlassen können. Wie die Rentenversicherung bereits deutlich gezeigt hat und wie es bei der Kranken- und Arbeitslosenversicherung immer deutlicher wird, können wir uns von dieser Hoffnung wohl endgültig verabschieden.

Insbesondere der demographische Wandel verhindert, daß das Umlageverfahren der Rentenversicherung so funktionieren kann, daß es der jungen Generation gegenüber fair wäre. Umlageverfahren bedeutet, daß die jeweils erwerbstätige Generation durch ihre Beiträge die Leistungen der Rentenkassen an die nicht mehr erwerbstätige Generation, also die Rentner, finanziert. Immer höhere Beiträge in der Gegenwart stehen dabei immer niedrigeren Ansprüchen in der Zukunft gegenüber. Wir fordern daher einen Systemwechsel hin zur einer kapitalgedeckten Rentenversicherung, in der die ausgezahlten Beträge direkt aus der Anlage selbst eingezahlter Beiträge resultieren. Finanzlücken dürfen nicht durch die Ausweitung des Kreises der Pflichtversicherten gestopft werden, da dadurch aufgrund der daraus resultierten Anwartschaftsrechte das Problem nur verschoben wird.

Im Bereich der Krankenversicherung muß das System auf mehr Kostenbewußtsein hin angelegt werden. Insgesamt muß es Maßnahmen enthalten, damit derjenige, der für bestimmte Kosten verantwortlich ist, Feedbacks über Art und Umfang erhält. Prävention sollte durch ökonomische Anreize flankiert werden. Das beste Verfahren, um die Entwicklung geeigneter Maßnahmen voranzutreiben, niedrige Kosten und hohe Qualität zu gewährleisten, ist der Wettbewerb. Daher treten wir für möglichst unbeschränkten Wettbewerb zwischen Krankenkassen, was ebenso die Betriebskrankenkassen einschließt, ein. Durch eine Senkung der Versicherungspflichtgrenze wollen wir mehr jungen Menschen den Zugang zu privaten Krankenkassen ermöglichen. Der Risikostrukturausgleich soll abgeschafft werden. Besonderen Risikogruppen soll das Angebot einer staatlichen Krankenkasse gemacht werden, die sich aber nicht als Wettbewerber verstehen soll.

Die gesetzliche Pflegeversicherung soll abgeschafft werden, da sie ebenso falsch und ohne jeden Ansatz von Generationengerechtigkeit konstruiert ist wie die Rentenversicherung. Hierfür ist so schnell wie möglich ein Übergangsplan zu entwickeln.



Wir können mehr Arbeit schaffen.
Wenn sie sich für alle lohnt.

››› Mehr Jobs durch mehr Freiheit

Deutschland braucht mehr Arbeitsplätze. Erwerbsarbeit ist für die meisten Menschen die Grundlage ihrer materiellen Unabhängigkeit. Arbeitsplätze entstehen aber nur dort, wo mit ihnen Gewinne zu erwirtschaften sind. Es gibt in Deutschland keinen Mangel an Arbeit. Sie wird nur in die sog. Schattenwirtschaft (Schwarzarbeit) abgedrängt. Eine Wirtschaftspolitik, die für mehr legale Beschäftigung sorgen will, muß sich zum Ziel setzen, daß in Deutschland mit menschlicher Arbeit auch auf dem regulären Markt mehr Geld zu verdienen ist. Das gilt für klassische Branchen wie z.B. das Handwerk, aber auch für Unternehmen mit ganz neuen Ertragsmodellen, die wichtige Stützen für die Versorgung mit Arbeitsplätzen in der Zukunft sein können.

Unsere generelle Strategie dafür heißt mehr Freiheit. Die Belastung von Betrieben mit zahlreichen Auflagen, Vorschriften und Organisationsvorschriften sind nicht nur lästig - sie kosten auch Geld. Die Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes oder des Gesetzes über geringfügige Beschäftigung sind zwei Beispiele dafür, wie weniger Freiheit für Unternehmen die Kosten für Arbeit steigert. Noch wichtiger ist die Senkung der Lohnnebenkosten, die sich insbesondere durch die Abgaben für soziale Sicherungssysteme zusammensetzen.

››› Rechtsstaatliche Ausgewogenheit bewahren

Liberaler stehen für die effektive Schaffung von Sicherheit für die Menschen unseres Landes. Das uns oft vorgehaltene Wort vom „Nachtwächterstaat“ zeigt, daß sie in unserer Anschauung absolute Kernaufgabe staatlicher Tätigkeit ist. Da Recht dem Unrecht nicht weichen darf, soll der Staat auch mit notwendigen Instrumenten rechtlicher und tatsächlicher Art ausgestattet sein, diese Sicherheit zu gewährleisten.

Sicherheit dient aber immer der Schaffung von Freiheit. Sie ist der Rahmen, in dem wir unsere Freiheit tatsächlich und eben nicht nur geistig leben können. Deshalb muß Steigerung von Sicherheit, die mit Einschränkungen von Freiheit erkaufte wird, mehr Freiheit schaffen als vernichten. Wir fordern daher für jede einzelne Maßnahme, die auf der einen Seite Freiheit beschneidet, auf der anderen Seite einen überwiegenden Gewinn an Sicherheit, der mehr Freiräume bewirkt, als Freiheit dabei geopfert wird.

Unser Verständnis von Sicherheit kann nur objektive Sicherheit bedeuten, also die tatsächliche Verbesserung der Sicherheitslage. Freiheit darf nicht um der rein subjektiven Vermutung von Unsicherheit, also reinem „Unbehagen“ geopfert werden. Ansonsten droht die Fortsetzung der sozialpolitischen Gefälligkeitsdemokratie in der Innen- und Rechtspolitik.

Wir setzen uns daher für eine kritische Auseinandersetzung mit den Sicherheitspaketen I und II der Bundesregierung ein. Hier hat eine präzise Praxisbegründung zu erfolgen. Freiheitseingriffe dürfen kein Erprobungsfeld für neue Kriminaltechniken mit ungewisser Wirkung sein. In diesem Zusammenhang lehnen wir insbesondere folgende Maßnahmen ab: Die Speicherung biometrischer Daten im Ausweisdokumenten, die Einführung des § 128b StGB n.F., die Regelanfrage des Verfassungsschutz bei der Einreise von Ausländern nach Deutschland, die Rasterfahndung sowie den Abbau datenschutzrechtlicher Standards. Auch sind anerkannte Schranken der föderalen Gewaltenteilung wie die kompetenzielle Trennung bei innerer und äußerer Sicherheit zu wahren und wichtige Errungenschaften wie das Bankgeheimnis nicht weiter auszuhöhlen. Einer Sicherheitskrise ist nicht mit aktionistischer Hysterie, sondern mit rationaler Analyse und rechtsstaatlicher Ausgewogenheit zu begegnen.



Wir können Bildungschancen verbessern.
Wenn Leistung statt Herkunft zählt.

››› Mehr Wettbewerb in der Bildung

Mehr Freiheit braucht Deutschland auch in der Bildung. Derzeit wird Bildung so organisiert, als ob es allwissende zentrale Bildungsplanungsbehörden gäbe. Junge Liberale treten dieser Auffassung mit der Forderung nach mehr Gestaltungsräumen für die einzelnen Bildungseinrichtungen entgegen. Diese Freiräume sollen genutzt werden für Wettbewerb um die besten Bildungseinrichtungen und die besten Schüler und Studenten.

Wettbewerb um die besten Studenten setzt voraus, daß sie sich bei der Universität ihrer Wahl bewerben können. Die ZVS gehört daher so schnell wie möglich abgeschafft.

Wettbewerb der Bildungseinrichtungen kann nur entstehen, wenn diese eigene Entscheidungsspielräume besitzen, um eigene Profile zu entwickeln. Daher fordern wir stärkere Finanz- und Personalautonomie. Hier sollten auch Erfahrungen mit privatrechtlichen Organisationsformen gesammelt werden.

Um zu einer attraktiven „Kundenorientierung“ zugunsten der Studenten zu gelangen, fordern wir ein Modell der Bildungsgutscheine. Danach erhalten Universitäten und die einzelnen Lehrstühle und Institute ihre Zuweisungen in relativer Abhängigkeit zu den Gutscheinen, die Studenten dort einlösen, um an Veranstaltungen teilzunehmen. Die Gutscheine werden an Studenten zu Beginn des Studiums abgegeben und reichen aus, um die zum Abschluß notwendige Anzahl an Veranstaltungen plus einem Sicherheitspuffer zu absolvieren.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine zügige Investitionsbedarfsermittlung im Hoch-

schulbau ein. Notwendige Maßnahmen sind durch ein Bund-Länder-Programm kooperativ in die Wege zu leiten.

›› Ja zur Familie

Familien sind die Existenzgrundlage unserer Gesellschaft. Die Jungen Liberalen setzen sich daher für eine Stärkung der Institution Familie in unserer Gesellschaft ein. Unter Familie verstehen wir jede Gemeinschaft unterschiedlicher Generationen, in der füreinander Verantwortung übernommen wird. Hierzu zählen insbesondere auch die Gemeinschaften, in denen Alleinerziehende oder gleichgeschlechtliche Partner für Kinder sorgen oder in denen Kinder ihre Eltern pflegen. Für die Jungen Liberalen steht fest: Alle Lebensgemeinschaften, in denen füreinander und damit für die Gesellschaft Verantwortung übernommen wird, sind wertvoll. Der Familienbegriff muss an die Wertvorstellungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Um die Bedeutung der Familie für die Gesellschaft hervorzuheben und die ihr zustehende gesellschaftliche Würdigung zu verleihen, fordern die Jungen Liberalen daher die Streichung der Ehe aus Artikel 6 Grundgesetz.

Eine Volkswirtschaft, die dringend qualifizierter Arbeitnehmer bedarf und die gleichzeitig sinkende Geburtenraten beklagt, muß die Vereinbarkeit von Kindern mit dem Erwerbsleben ihrer Eltern zum zentralen Bestandteil der Familienpolitik machen. Priorität vor allen anderen Maßnahmen hat deshalb der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung. Zukünftig sollen alle Eltern entsprechend des individuellen Bedarfs nach Betreuungszeit und –art für jedes ihrer Kinder mit einem Kinderbetreuungsgutschein ausgestattet werden, den sie statt der planwirtschaftlichen Zuweisung eines Platzes bei An-

geboten ihrer Wahl einlösen können. Einrichtungen erhalten Geld somit nur nach einer Wahlentscheidung der Eltern. Durch diesen Systemwechsel wird über die Marktsteuerung eine Dienstleistungsmentalität sowie die Bedarfsgerechtigkeit bei den Platzkapazitäten erreicht. Zugleich wird die Einrichtung von Betriebskindergärten erleichtert und der Markt für private Anbieter sowie alternative Formen wie die Tagespflege geöffnet. Wir wollen eine familienfreundlichere Infrastruktur schaffen. So sollen insbesondere die formalen Anforderungen für die Einrichtung von Betriebskindergärten gelockert werden. Das besondere Näheverhältnis zwischen der Arbeitsstätte eines Elternteils und dem Betriebskindergarten dürfte einen ausreichend wirksamen Kontrollmechanismus darstellen. Auch sind gewerbliche Anbieter von Kindergärten zuzulassen. Dabei ist auch nicht an das Personal durchweg die Anforderung eines Erzieherabschlusses zu stellen.

Als guten Ausweg aus der ständigen Armutsfalle für Familien wollen wir ein Programm zur Förderung von Wohneigentum auflegen. Im Rahmen einer allgemeinen Umstellung der staatlichen Wohnungsbaupolitik von der Objekt- auf die Subjektförderung sind Familien, die Wohneigentum errichten oder erwerben wollen, besonders zu fördern.

Bei der finanziellen Förderung fordern wir als einen Schritt zu unserem Bürgergeld, zunächst alle Förderungen wie Kindergeld, Bundes- und Landeserziehungsgeld, Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz etc. in einem Familiengeld, das als Freibetrag oder positive Leistung gewährt wird, zu bündeln.

›› www.julis-nrw.de



Weg mit der Wehrpflicht. Weg mit der ZVS. Neue Wege nur mit uns.

Junge Liberale NRW · Sternstraße 44 · 40479 Düsseldorf
Fon 0211-49 25185 · Fax 0211-49 00 28 · nrw@julius.de · julius-nrw.de

